

**Pressemeldung der Wählerinitiative KOMM,A**

**Abstimmung über den Haushaltsplan 2006**

Wie kürzlich im Darmstädter Echo berichtet, wurde der Haushaltsplan der Gemeinde Bickenbach für das Jahr 2006 im Gemeindeparlament Ende Januar von CDU, FDP und SPD einstimmig beschlossen. Dies hat bei den Mitgliedern der Wählerinitiative KOMM,A, die neben den etablierten Parteien ebenfalls zur Kommunalwahl 2006 antritt, zu großer Verwunderung und Empörung geführt, denn kurz zuvor war die Gemeinde mit einer erheblichen Gewerbesteuererrückzahlung belastet worden. Der Bescheid vom Finanzamt belief sich auf 900.000 Euro, die für die Jahre 2002 und 2003 zurück zu zahlen seien. Die saldierten Verluste belaufen sich auf rund 750.000 Euro. Statt jedoch die Verabschiedung des Haushalts angesichts dieses enormen finanziellen Einschnitts zu verschieben, um über Einsparungsmaßnahmen zu beraten, beschloss man kurzerhand, das fehlende Geld einfach der Rücklage der Gemeinde zu entnehmen. "Erstmals seit Jahren", so der Bericht, sei ein Haushalt einstimmig verabschiedet worden. Diese neue Einigkeit macht die Angelegenheit nicht besser.

Offensichtlich sah keine der drei Fraktionen einen Anlass, diesen Schritt zu überdenken und in den Ausschüssen zu beraten, ob für das Jahr 2006 geplante Ausgaben nicht eingespart werden müssten. Diesen Schritt hält KOMM,A für grob fahrlässig. Statt zu sparen wurde noch draufgesattelt und unter anderem 25.000 Euro für die Herrichtung eines Parkplatzes neu in den Haushaltsentwurf eingestellt.

Wir fragen uns, ob diese schnelle Entscheidung über den enormen finanziellen Rückschlag für die Gemeinde in den bevorstehenden Wahlen, der Angst vor negativer Presse und der Kritik der WählerInnen begründet sein könnte. So beträgt die jetzt beschlossene Neuverschuldung gegenüber Jahresende 2005 rund 1,3 Millionen Euro! Der Schuldenstand Ende 2006 liegt damit voraussichtlich bei 2,14 Millionen Euro. Die im Bickenbacher Gemeindeparlament sitzenden Fraktionen betreiben damit nach Ansicht der Wählerinitiative KOMM,A aktuell eine unverantwortliche Finanzpolitik.